

Jahrelange Spionage für Kuba

WASHINGTON: Eine Mitarbeiterin des militärischen Geheimdienstes im US-Verteidigungsministerium hat gestanden, 16 Jahre lang geheime Informationen an Kuba weitergeleitet zu haben. Nach einer Einigung mit der Anklage, nach der sie im schlimmsten Fall eine Haftstrafe von 25 Jahren erhalten könnte, habe sich Ana Belen Montes vor einem US-Gericht schuldig bekannt, sagte ihr Anwalt Plato Cacheris am Mittwoch in Washington. Er betonte, Montes habe nicht aus finanziellen Motiven gehandelt, sondern weil sie mit der Kuba-Politik der USA nicht einverstanden gewesen sei. Ihre kubanischen Auftraggeber hätten ihr lediglich die anfallenden Reisekosten erstattet.

Bin-Laden-Villa durchsucht

PARIS: In Frankreich ist ein mutmasslicher Helfer des Terrornetzwerks El Kaida festgenommen worden. Wie die Justiz am Mittwoch berichtete, ging der 37 Jahre alte Algerier den Fahndern in der vergangenen Woche in einem Vorort von Paris in Netz. Er wird verdächtigt, El-Kaida-Mitgliedern Unterschlupf gewährt zu haben, bevor sie nach Afghanistan gingen. Der 37-Jährige war Ende 2000 bereits einmal in einem Islamistenprozess verurteilt worden. Unterdessen haben Ermittler im südfranzösischen Cannes am Mittwoch wegen des Verdachts der Geldwäsche eine Villa durchsucht, die einem Verwandten des mutmasslichen Terroristenführers Osama bin Laden gehört. Das teilten die Pariser Justizbehörden mit. Der Untersuchungsrichter Renaud van Ruymbeke ermittelt seit Dezember gegen Unternehmen einer Gruppe, die vom Halbbruder des gesuchten Islamisten, Yeslam bin Laden, geleitet wird. Die Familie hat sich von Osama bin Laden distanziert.

Friedliches Zusammenleben

BERN: 15 Schweizer Parlamentarier haben am Mittwoch Bewohner aus dem Dorf Neve Shalom/Wahat al-Salam getroffen. Dort leben Juden und Palästinenser seit den 70er-Jahren friedlich zusammen. «Wenn Juden und Palästinenser wollen, können sie zusammenleben», sagte Eyas Shbeta, ein Palästinenser aus dem Dorf, das zwischen Jerusalem und Tel Aviv liegt. Rund 40 Familien – je zur Hälfte Juden und Palästinenser – leben hier friedlich zusammen. Shbeta und seine Frau, Evi Guggenheim-Shbeta, die Jüdin ist und in Zürich aufwuchs, wollten ihre Erfahrungen der grünen Fraktion berichten, die zum Treffen eingeladen hatte. Shbeta und seine Frau plädierten für einen Staat, in dem Juden und Palästinenser friedlich zusammenleben. Auch Nationalratspräsidentin Liliane Maury-Pasquier nahm am Anlass teil. Die Gemeinde hat pädagogische Massnahmen getroffen, um den Frieden zu fördern: Treffen zwischen Studenten, Politikern und Historikern gehören dazu. Wie Guggenheim-Shbeta weiter berichtete, werden in der Primarschule jüdische und palästinensische Kinder in Geschichte getrennt unterrichtet: «So kann jedes Kind seine eigene Identität bewahren.» Die Initianten des Manifests «Für gerechten Frieden in Nahost», das im Februar in der Schweiz lanciert wurde, informierten am Anlass über ihre Anliegen. Mittlerweile haben 400 Personen, Juden und Araber, das Manifest unterschrieben, das für eine politische Lösung des Konfliktes plädiert, wie der Journalist Pierre Hazan sagte.

REKLAME

Wir bringen Sie zur Sprache.
Sprachaufenthalte zu Originalpreisen.
ThürLingua
Tel. 071 223 77 66
www.thurlingua.ch

Vollbesetzter Bus explodiert

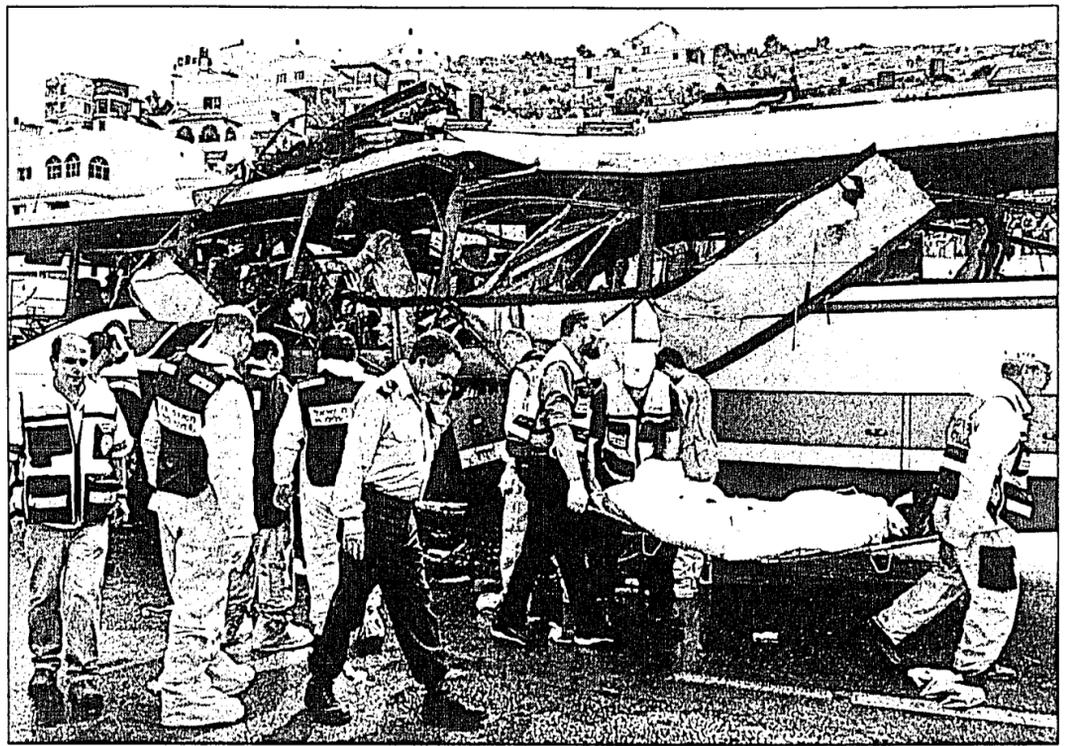
Palästinenser reisst in Pendlertbus sieben Israelis mit in den Tod

JERUSALEM: Trotz eines erneuten palästinensischen Selbstmordanschlags wollen die Konfliktparteien im Nahen Osten an den Bemühungen um eine Waffenruhe festhalten. In einem mit vielen Soldaten besetzten Pendlertbus zündete ein Attentäter am Mittwochmorgen einen Sprengsatz und riss sieben Israelis mit in den Tod, wie die Polizei mitteilte.

27 weitere Fahrgäste wurden bei der Explosion nahe der nordisraelischen Stadt Afula verletzt, zehn davon schwer. Das israelische Sicherheitskabinett trat unmittelbar nach der Tat zusammen. Der israelische Rundfunk berichtete unter Berufung auf Kreise um Regierungschef Ariel Scharon, das für den Abend geplante Sicherheitstreffen werde stattfinden. Dabei sollte über eine Waffenruhe verhandelt werden. Auch aus palästinensischen Kreisen verlautete, das Treffen finde voraussichtlich statt. US-Vermittler Anthony Zinni telefonierte nach dem Anschlag mit Scharon. In Ramallah traf er mit dem palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat zusammen.

Vergeltungsanschlag

Zu dem Anschlag bekannte sich die extremistische Organisation Islamischer Dschihad. In einem Anruf bei der Nachrichtenagentur AP identifizierte die Organisation den Attentäter als den 24-jährigen Abu Dajak aus Dschenin (siehe grauer Kasten). Es handele sich um Vergeltung für die Tötung von Dschihad-Mitgliedern bei den jüngsten israelischen Militäroperationen. Ein Sprecher der militanten Organisation Hamas, Ismail Abu Schanah, kündigte trotz des Aufrufs der Autonomiebehörde zur Waffenruhe die Fortsetzung der Anschläge an. «Der Widerstand wird fortgesetzt, so-



Bei einem Anschlag auf einen Bus sind im Norden Israels sieben Menschen getötet und zahlreiche weitere zum Teil schwer verletzt worden. (Bilder: Keystone)

lange die Besetzung unseres Landes andauert», sagte er.

Israelische Regierungsvertreter haben Zweifel daran geäußert, dass die Autonomiebehörde von Präsident Jassir Arafat eine Waffenruhe im eigenen Lager durchsetzen kann. In den 18 Monaten der derzeitigen Intifada haben Hamas und Dschihad enorm an Einfluss gewonnen. Der Gewalt seit September 2000 fielen bislang 1577 Menschen zum Opfer, 1218 Palästinenser und 359 Israelis.

Bei dem Selbstmordanschlag im morgendlichen Berufsverkehr stieg der Attentäter in einen vollbesetzten Bus und zündete einen Sprengsatz. Der

Bus explodierte auf der Durchfahrtsstrasse des arabischen Dorfes Musmus. Die Detonation riss klaffende Löcher in die Seite des Fahrzeugs. Die Bergung der Verwundeten dauerte mehr als eine Stunde.

Bei dem für den Abend angestrebten israelisch-palästinensischen Treffen sollte dem Vernehmen nach die Umsetzung des von US-Geheimdienstchef George Tenet im vergangenen Jahr ausgearbeiteten Waffenstillstandsplans diskutiert werden. Das palästinensische Kabinett bekräftigte am Dienstagabend seine Bereitschaft dazu. Israel hatte dafür einen Zeitplan vorgelegt. Kreise beider Seiten hielten

eine Waffenstillstandserklärung nach dem Treffen für möglich.

Ägypten und Syrien erörtern Friedensplan

Die beiden Staatschefs von Ägypten und Syrien, Husni Mubarak und Baschar Assad, erörterten am Mittwoch in Kairo den saudi-arabischen Nahost-Friedensplan. Nach dem Treffen erklärten sie, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die anderen arabischen Staaten zu einem «einheitlichen Standpunkt» zu bringen. Die saudi-arabische Initiative soll nächste Woche auf dem Gipfel der Arabischen Liga in Beirut diskutiert werden.

Wegen Hochverrats angeklagt

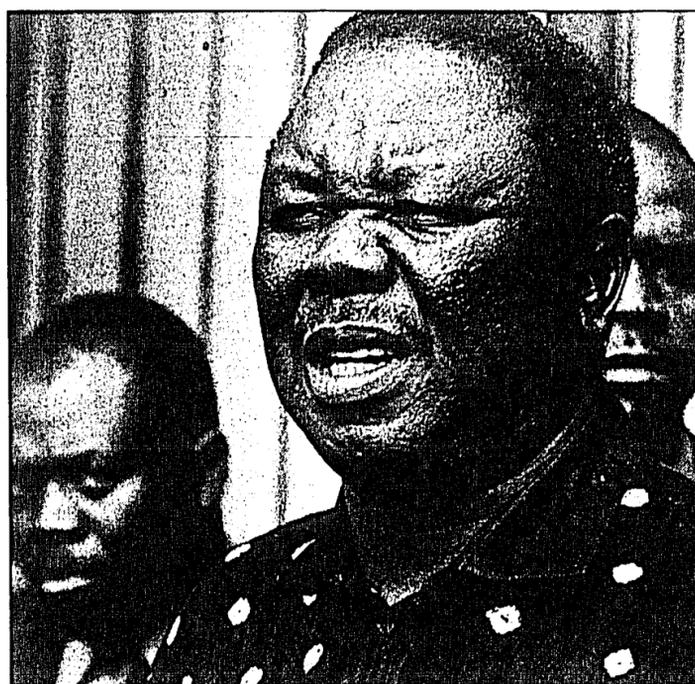
Simbabwe: Der Oppositionsführer kam gegen Kautions frei

HARARE: Unter dem Vorwurf eines Mordkomplotts gegen den simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe ist Oppositionsführer Morgan Tsvangirai am Mittwoch offiziell wegen Hochverrats angeklagt worden.

Er wurde am Mittwoch auf eine Polizeiwache in Harare zitiert, wo seine Fingerabdrücke abgenommen wurden. Anschließend erschien er vor Gericht. Tsvangirai hat die Vorwürfe zurückgewiesen und als Verschwörung von Seiten der Regierung bezeichnet. Unterdessen fand der Aufruf von Gewerkschaften zu einem landesweiten Streik nur mässige Beachtung.

Richter Dominic Musavazi setzte Tsvangirai gegen 1,5 Millionen simbabwische Dollar (rund 30.500 Euro) auf freien Fuss. Darüber hinaus musste er eine doppelt so hohe Sicherheit hinterlegen und seinen Reisepass abgeben. Ferner wurde ihm auferlegt, sich einmal wöchentlich bei der Polizei zu melden. Der Oppositionspolitiker Welshman Ncube bezeichnete die Anhörung vor Gericht als Fortsetzung der Unterdrückung der Bewegung für demokratischen Wandel (MDC). Auch Ncube sowie der MDC-Parlamentarier Renson Gasela sind laut Anklage in das Mordkomplott verwickelt. Alle drei müssen am 30. April wieder vor Gericht erscheinen.

Die Regierung wirft Tsvangirai vor, sich im vergangenen Jahr mit Vertretern eines in Kanada ansässigen Beratungsunternehmens getroffen zu haben, um die Ermordung Mugabes zu planen. Laut Tsvangirai ging es bei Treffen mit den Kanadlern um Möglichkeiten, im Ausland für die MDC zu



Oppositionsführer Morgan Tsvangirai soll ein Mordkomplott gegen die Regierung geplant haben. Er wurde wegen Hochverrats angeklagt.

werben. Unterdessen schlossen sich mehrere Banken und Geschäfte dem von der Gewerkschaft ausgerufenen landesweiten Streik an. Die meisten Regierungsämter und Schulen blieben indes geöffnet. Gewerkschaftsvertreter erwarteten, dass der Streikaufruf ab Donnerstag mehr Beachtung findet. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes, Lovemore Matombo, warf Polizei und Streitkräften vor, Beschäftigte durch Einschüchterung zum

Öffnen von Geschäften gezwungen zu haben. Der staatliche Rundfunk bezeichnete den Streik als Fehlschlag.

Das Commonwealth schloss das südafrikanische Mitgliedsland am Dienstag wegen der Gewalt bei der Präsidentschaftswahl und der anhaltenden Unterdrückung der Opposition für ein Jahr aus. Grundlage für den Beschluss, der sofort in Kraft trat, waren die Ergebnisse der Commonwealth-Beobachtergruppe.

Attentäter weinte vor Glück

DSCHENIN: Als Rafat Abu Dajak erfuhr, dass er der nächste Selbstmordattentäter sein sollte, hat er vor Glück geweint. Das berichtet der örtliche Anführer der extremistischen Organisation Islamischer Dschihad, der Dajak am Mittwoch auf seine mörderische Mission geschickt hat. Der Fanatiker sprengte sich in einem israelischen Bus in die Luft und riss sieben Menschen mit in den Tod, darunter vier israelische Soldaten.

Der Dschihad-Anführer in der palästinensischen Stadt Dschenin, Mahmud Tawalbi, erklärte, er habe «die Ehre», sich zu dem Anschlag zu bekennen. An den Augenblick, als er Abu Djak seinen Auftrag erteilte, erinnert Tawalbi sich sehr gut: «Er hat angefangen, vor Glück wie ein Kind zu weinen. Er küsste mich und sagte «danke, danke, Dank sei Gott». Er sagte, er wolle, dass alle Israelis so weinen müssen wie die Palästinenser.»

Abu Djak war zuerst Mitglied der grösseren Hamas-Organisation, wechselte dann aber nach Tawalbis Worten zum Islamischen Dschihad und bewarb sich dort als Selbstmordattentäter. «Wir überprüften seinen Hintergrund, seinen Charakter und dann stimmten wir zu», erzählt Tawalbi. Der Anschlag war nach Angaben des Dschihad-Anführers eine Vergeltung für die jüngste blutige israelische Invasion in palästinensische Städte und Flüchtlingslager. Tawalbi kündigte an, auch bei der eventuellen Errichtung eines palästinensischen Staates würden die militanten Palästinenser ihren Kampf gegen Israel nicht aufgeben.